

revolutionären Nachkriegskrise (1919 bis 1923) eine prinzipienfeste und zugleich elastische Politik zur Verwirklichung der Einheitsfront der Arbeiterklasse (-> *Aktionseinheit*) zu entwickeln. Dies führte zu einem beträchtlichen Wachsen ihres Einflusses. Im Ringen um die umfassende Aneignung der marxistisch-leninistischen Theorie, besonders der allgemeingültigen Erfahrungen der Oktoberrevolution und des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion, mußte sich die Partei entschieden mit Ansichten und Praktiken des rechten wie „linken“ —> **Opportunismus** auseinandersetzen. Mit der Herausbildung eines konsequent leninistischen Zentralkomitees (1925) unter Führung ihres Vorsitzenden E. Thälmann schuf die KPD eine wesentliche Voraussetzung für ihre politisch-ideologische Festigung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und für die Vergrößerung ihres Masseneinflusses. Das auf dem 10. Parteitag 1925 beschlossene Statut war von wesentlicher Bedeutung für die weitere Durchsetzung des —> *demokratischen Zentralismus*. In den Jahren der relativen Stabilisierung des kapitalistischen Systems (1924-1928) kämpfte die KPD gegen das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus und Militarismus, gegen die verschärfte Ausbeutung der Werktätigen, gegen die Ausplünderung des deutschen Volkes durch die imperialistischen Siegermächte des ersten Weltkrieges (Dawes-Plan) sowie gegen die immer stärkere Eingliederung der Weimarer Republik in die antisowjetische Front des Weltimperialismus (Locarno-Vertrag). Ihr Kampf während der Weltwirtschaftskrise (1929-1932/1933) war gekennzeichnet durch das Bemühen um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und den Zusammenschluß aller Gegner der drohenden faschistischen Diktatur (—> *Programmerkklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes*). Höhe-

punkt dieses Kampfes war das Ringen um die -> *Antifaschistische Aktion* (1932) zur Verhinderung des -> *Faschismus*. Ausdruck der Wirksamkeit ihrer Politik und ihres wachsenden Einflusses war, daß die KPD bei rd. 300 000 Mitgliedern (1932) rd. 6 Mill. Stimmen bei den Reichstagswahlen im Nov. 1932 errang. Da die rechten Führer der SPD und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) das Zustandekommen einer breiten proletarischen Einheitsfront verhinderten, gelang es nicht, die Errichtung der faschistischen Diktatur zu vereiteln. In der Zeit der faschistischen Diktatur (1933 bis 1945) richtete sich der Terror des Regimes besonders gegen die Kommunisten. Dennoch gelang es der Partei, ihre Organisation auf die Bedingungen der Illegalität umzustellen und unter der Führung ihres ZK einen aktiven Kampf gegen Faschismus und Krieg zu führen. Die Partei bewährte sich als Kern und Vortrupp der deutschen antifaschistischen Widerstandskämpfer im Lande und an anderen Abschnitten des Kampfes gegen Faschismus und Imperialismus (-> *antifaschistische Widerstandsbewegung*), als Vorkämpferin für die Einheitsfront der Arbeiterklasse und für eine antifaschistische deutsche Volksfront. Mit Hilfe der Kommunistischen Internationale und der KPdSU(B) entwickelte sie auf der —> *Brüsseler Konferenz der KPD* (1935), auf der —> *Berner Konferenz der KPD* (1939) und im Zusammenhang mit der Schaffung und dem Kampf des —> *Nationalkomitees „Freies Deutschland“* eine den sich verändernden Bedingungen des Klassenkampfes entsprechende Strategie und Taktik zum Sturz des Hitlerregimes, zur Verhinderung bzw. Beendigung des Krieges und für den Kampf um einen antifaschistisch-demokratischen und sozialistischen deutschen Staat. Die KPD war die einzige Partei Deutschlands, die dem Hitlerfaschismus vom ersten bis zum letzten